

Das Konjunkturpaket zur Überwindung der Corona-Krise aus Geschlechter- und Klimaperspektive

Regina Frey und Ulrike Röhr

September 2020

1. Einführung: Warum eine gleichstellungsorientierte Folgenabschätzung des Konjunkturpakets 2020?

Die Realität ist nicht geschlechtsneutral – eine Krise ist es erst recht nicht.¹ In diesem Beitrag legen wir dar, warum das Konjunkturpaket an den covid-19- bedingten Problemen vieler Menschen vorbeigeht und dass dies auch an der Geschlechterblindheit des Maßnahmenpakets liegt. Eine Analyse aller Maßnahmen kann hier nicht geleistet werden, zwei Beispiele beleuchten allerdings exemplarisch klimarelevante Maßnahmen aus der Geschlechterperspektive. Wenn Krisenbewältigung mit einem Konjunkturpaket in großen Teilen zu konventionell ausgestalteten wirtschaftlichen Stimuli erfolgt, gehen die Hilfen sowohl am Klimaschutz als auch an all denjenigen vorbei, über weniger Einkommen verfügen und vor allem die bezahlte und unbezahlte Sorgearbeit leisten. Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern werden fortgeschrieben oder sogar verschärft. Das Signal des Konjunkturpakets ist deutlich: Geschlechtergerechtigkeit und Care-Arbeit werden als nicht systemrelevant gesehen.

2. Geschlechterverhältnisse² in der Krise

Wir erinnern uns: Als Anfang März deutlich wurde, dass das Coronavirus auch hierzulande eine große Gefahr birgt, setzte eine Debatte darüber ein, wer besonderen Risiken ausgesetzt ist und wie sich mit Corona Ungleichheiten verschärfen können (z.B. Frey 2020). Klar wurde schnell, dass in besonders „systemrelevanten“ Berufen auch besonders schlechte Arbeitsbedingungen herrschen – bei oft unterdurchschnittlicher Bezahlung. Damit war die Geschlechterdimension des Themas auf dem Tisch: vieler dieser „systemrelevanten“ Berufe werden vorwiegend von Frauen ausgeübt (Koebe et. al. 2020). Pflegekräften wurde ein einmaliger Bonus versprochen, aber dieser „Pflegebonus“ galt zunächst in vielen Bundesländern nur für Mitarbeitende in der ambulanten und stationären Pflege – und nicht für Beschäftigte in Krankenhäusern, Kliniken oder Hospizen.³ Hier wird jetzt nachgebessert,

¹ Siehe für eine internationale Dimension auch: <https://www.unwomen.org/en/news/stories/2020/8/experts-take-lessons-from-covid-19-that-should-shape-policy> und <https://www.unwomen.org/en/digital-library/publications/2020/06/policy-brief-covid-19-and-the-care-economy> (Abruf 12.8.2020)

² Dabei verstehen wir unter „Geschlechterverhältnissen“ (Gender) eine intersektionale Kategorie, die bei der Durchführung von Analysen wie einem Gender Impact Assessments auch in ihren interdependenten Verschränkungen mit anderen sozialen Kategorien berücksichtigt werden muss. Im Rahmen dieses kurzen Papiers war uns eine solche aufwändigere Analyse nicht möglich.

³ Quellen: <https://oeffentlicher-dienst-news.de/corona-bonus-1500-euro-sonderpraemie-fuer-beschaefigte-in-der-stationaeren-langzeitpflege-und-der-ambulanten-pflege/> (Abruf 14.08.2020) und <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/-pflegebonus-was-ist-mit-der-krankenpflege100.html> (Abruf 29.05.2020)

dennoch erhalten nicht alle Pflegenden den Bonus⁴. Aber auch wenn Boni begrüßenswert sind: sie ändern nichts an der strukturellen Unterbewertung und Unterbezahlung dieser Berufe. Zwar mangelt es inzwischen nicht mehr an Intensivbetten und Beatmungsgeräten – aber das Fachpersonal, das diese Geräte dann bedienen kann, fehlt. Eine wirklich wirksame Aufwertung der Pflegeberufe in der Arbeitsmarkt- und Gesundheitspolitik ist auch in Coronazeiten nicht auf der politischen Agenda. Unter dem Hashtag #nachdemklatschen finden sich Berichte über die Pflegekrise, die sich mit Corona verstärkt. Eine Hospizleiterin sagt: „Wir sind systemrelevant alleingelassen“⁵

Der Anstieg der Care-Arbeit betraf Menschen, die sich (bezahlt und unbezahlt) um Kinder, Alte und beeinträchtigte Menschen kümmern, auch dies vorwiegend Frauen. Vielfach diskutiert wurde die Belastung durch geschlossene Betreuungsinfrastrukturen wie Kitas und Schulen⁶, die in besonderem Ausmaß Alleinerziehende traf. Aber auch pflegende Angehörige mussten und müssen die Folgen der Coronakrise abfedern: Über Dreiviertel der Pflegebedürftigen wird zu Haus versorgt, das sind knapp 2,6 Millionen Menschen, die deutliche Mehrheit unter ihnen wird durch Angehörige gepflegt (Destatis 2018). Das Robert Koch Institut nennt die pflegenden Angehörigen „Deutschlands größter Pflegedienst“, er besteht zu 65 % aus Frauen (Wetzstein et. al. 2015). In der ambulanten Pflege fehlen seit jeher Fachkräfte, nicht selten sind es Frauen aus Osteuropa, die die Lücken füllen und dies bisweilen in prekären Arbeitsverhältnissen, in 24 Stunden Schichten, nicht sozial abgesichert und am Rande der Legalität (vgl. Freitag 2020). Mit den Hygieneregeln fielen Angebote der Tagespflege weg, Pflegedienste stellten ihre Arbeit ein und osteuropäische In-House-Pflegerinnen kehrten in ihre Heimatländer zurück. Wer zu pflegende Angehörige hatte und einer Erwerbsarbeit nachgeht, hatte ein unüberwindbares Vereinbarkeitsproblem.

Während diese Themen anfangs noch präsent waren, sprach einige Monate später dann kaum noch jemand über diese Gender-Dimensionen der Krise. Man ist zum regulären Krisenmanagement übergegangen und schnürt Konjunkturpakete, die wenig Bezug zu Menschen und kaum einen Bezug zu den Geschlechterverhältnissen haben. Der Deutsche Frauenrat stellte Mitte Mai heraus, wie männlich geprägt die Krisenpolitik ist: So ist Bundesfrauenministerin Giffey nicht Mitglied im Krisenkabinett der Bundesregierung und programmatische Papiere lassen Gender-Aspekte aus – so waren im 26-köpfigen Gremium der Leopoldina zur Erstellung eines Empfehlungspapiers zur Bewältigung der Krise ganze zwei Frauen beteiligt – und prompt war Geschlecht weder direkt noch indirekt Thema der Empfehlungen.⁷ Der Frauenrat schlussfolgert: „(...) die frauenpolitische Perspektive (ist) ab sofort bei allen politischen Entscheidungen zu berücksichtigen, auch und insbesondere dann, wenn es um die Verteilung von Finanzmitteln geht“ (Frauenrat 2020).

So werden nun im Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket „Corona-Folgen bekämpfen, Wohlstand sichern, Zukunftsfähigkeit stärken“ (Bundesregierung 2020) viele Milliarden für die digitale Infrastruktur in die Hand genommen, aber wenn es um die Unterstützung weiblich geprägter Branchen geht, die eine Schlüsselrolle in der Coronakrise haben, hapert es. Für die Pflegebranche ist im Milliardenpaket der Bundesregierung kaum etwas enthalten.

⁴ <https://www.sonntagsblatt.de/artikel/bonus-fuer-pflegekraefte-wegen-coronavirus-situation-bundesl%C3%A4nder>

⁵ Bericht von Pflegekräften unter: <https://pinkstinks.de/nach-dem-klatschen/> (Abruf 14.8.2020)

⁶ Inwieweit die Folgen von Covid-19 auch zu einer Retraditionalisierung beitragen, ist weiter umstritten. Plausibel scheint, dass sowohl Väter als auch Mütter mehr Familienarbeit übernommen haben, sich aber nur wenig an der Höherbelastung von Frauen geändert hat. So ergibt sich zum Beispiel aus der Studie des BIB eine höhere Mehrbelastung durch Corona von Müttern (Erwerbs- und Sorgearbeit zusammengerechnet) von 0,5 Stunden am Tag im Vergleich zu Vätern von 0,1 Stunden am Tag (Bujard et. al. 2020, S. 37, eigene Berechnung).

⁷ <https://www.frauenrat.de/fuer-eine-geschlechtergerechte-krisenpolitik/> (Abruf 14.8.2020)

Die konventionelle Ausgestaltung des Konjunkturpakets zeigt sich auch bei der zweiten Krise, die ähnliche, wenn auch in ihrem Ausmaß nicht ganz so dramatische Auswirkungen auf die Care-Arbeit hat: die durch den Klimawandel hervorgerufene Krise. Die Verbindung zwischen beiden Krisen wurde bereits in einem Diskussionspapier (genanet et al. 2020) hergestellt. Auch diese Krise wurde im Konjunkturpaket nicht adäquat adressiert, wohl aber darauf gehofft, dass der Lockdown zur Erreichung der Klimaschutzziele beiträgt – was kurzfristig vermutlich auch der Fall sein wird und so der Bundesregierung 100 Millionen €⁸ für den Kauf von CO₂-Zertifikaten erspart. Dieser wäre nötig bei einer Verfehlung der für 2020 vereinbarten Klimaschutzziele. Und auch das Klimaschutzprogramm 2030 der Bundesregierung zeigt (noch) deutliche Schwächen bei der Gleichstellung.

3. Ein Gender Budgeting für Konjunkturprogramme

Die Präsidentin des Juristinnenbundes, Maria Wersig, schlägt eine Gender Budgeting Analyse des Konjunkturpaketes vor – und zwar nicht nur in Bezug auf Einzelmaßnahmen, sondern auch in der Gesamtschau (Wersig 2020). Damit fordert sie eine Selbstverständlichkeit, denn die Berücksichtigung von Gleichstellung in allen Entscheidungsbereichen der Regierung ist eigentlich schon lange beschlossene Sache: Seit 1994 hat die Regierung einen Verfassungsauftrag zur Umsetzung der tatsächlichen Gleichberechtigung durch das Grundgesetz (Art 3 Abs 2. 2. Satz). Zudem schreibt die Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesregierung (GGO) Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern als Querschnittsaufgabe fest; das beinhaltet auch eine durchgängige Gesetzesfolgenabschätzung (vgl. Lewalter 2013). Nicht zuletzt hat international die geschlechtergerechte Haushaltsführung (Gender Budgeting) Konjunktur.

Das Gender (responsive) Budgeting untersucht Finanzpolitik und öffentliche Mittelverteilung aus einer Geschlechterperspektive, wobei neben direkten Transfers und Subventionen auch Fragen der Besteuerung oder der direkten und indirekten Belastungen (z. B. durch eine Erhöhung unbezahlter Arbeit) eine Rolle spielen. Gender Budgeting wird inzwischen auch von der OECD (OECD 2017) und dem Internationalen Währungsfonds (IMF 2016a/b) als sinnvolle Strategie befördert. Für Deutschland gibt es eine Vielzahl an Studien, die die Machbarkeit und Sinnhaftigkeit der Umsetzung von Gender Budgeting belegen (Färber/Dohmen 2006, Dohmen, Frey/Kuhl 2019). Die Bundesregierung setzt dies jedoch hierzulande bis heute nicht um – obwohl sie das Instrument gerne als Teil der Förderung einer „Guten Regierungsführung“ in den Ländern des Globalen Südens unterstützt.⁹

Gründe für die Umsetzung hätte es gegeben: Bereits nach der Finanzkrise 2008 lief mit dem damaligen Konjunkturpaket geschlechterpolitisch so einiges schief. Mara Kuhl kommt in ihrer Analyse des Pakets von 2008 zu dem Schluss, dass es bestehende Benachteiligungen weiter verfestigte, Frauen und Männern nicht gleichberechtigt förderte und mit den Maßnahmen Anreize für tradierte Rollenmuster gestärkt wurden (Kuhl 2010: 50).

Die bisher vorliegenden fachlichen Diagnosen der Krisenbewältigung fallen ähnlich aus. Eine Studie von Klatzer und Rinaldi (2020) im Auftrag der Europäischen GRÜNEN zum europäischen Konjunkturprogramm als Reaktion auf die Coronakrise stellt (ähnlich wie Kuhl vor 10 Jahren) einen „male employment bias“ des Programms fest, da es vorwiegend auf Sektoren ziele, in denen ein deutlich höherer Anteil an Männer beschäftigt sind.

⁸ <https://www1.wdr.de/nachrichten/Europawahl/wahlwatch/faktencheck-gruene-klimaziele-100.html> (Abruf 14.8.2020)

⁹ So heißt es im BMZ Gender Aktionsplan 2016-2020: „Es wurde vereinbart, geschlechter-sensible Haushaltsansätze (Gender Responsive Budgeting and Tracking) und den Aufbau von Kapazitäten in diesem Bereich zu fördern und darüber Bericht zu erstatten.“ (S. 21).

Was aber hieße eine geschlechtergerechte Ausgestaltung von Kriseninstrumenten? Zunächst geht es um eine Analyse der vorhandenen Schieflagen und wie diese durch die Krise berührt werden: Wer hat direkte und indirekte Belastungen zu stemmen? Wie verteilt sich bezahlte und unbezahlte Arbeit neu? Werden bestehende Schieflagen zwischen den Geschlechtern verschärft? Ein Konjunkturpaket müsste hierauf reagieren – was nicht heißt, dass die Kategorie Geschlecht in jeder Maßnahme explizit angesprochen werden muss. Wirkungen sind häufig indirekt und nur durch eine fachliche Durchdringung und Expertise kann eine gleichstellungsorientierte Folgenabschätzung (Gender Impact Assessment, GIA¹⁰) bewerkstelligt werden.

Schon ein erster Blick auf das Konjunkturpaket, das Anfang Juni beschlossen wurde (Bundesregierung 2020) zeigt, dass Geschlecht eine Leerstelle ist. Das Paket enthält 57 Maßnahmen(pakete) und es wird ein Finanzbedarf von über 158 Milliarden € ausgewiesen.¹¹ Es sind kaum Maßnahmen enthalten, die explizit dazu beitragen könnten, coronabedingte Schieflagen im Geschlechterverhältnis abzumildern: Von den 57 Punkten beziehen sich nur vier auf die Förderung von Familien, mit 4,3 Mrd. € fällt hier der Kinderbonus über 300 € pro Kind besonders ins Gewicht, weitere 3 Mrd. € werden für Betreuungsinfrastruktur in die Hand genommen (Kitas und Ganztagschulen). Der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende (über 90 % Frauen) wird immerhin mit einer dreiviertel Milliarde gefördert.

Das BMFSFJ behauptet, das Konjunkturpaket setze „wichtige Impulse für die Gleichstellung“ (BMFSFJ 2020); Bundesfrauenministerin Giffey habe sich dafür eingesetzt, dass auch Frauen von dem Paket profitieren. Die Pressemitteilung zählt eine Reihe von Maßnahmen auf, die Branchen betreffen, in denen mehrheitlich Frauen beschäftigt sind (Überbrückungsgeld für kleine und mittlere Unternehmen, Kurzarbeitergeld, Kulturbereich, Unterstützung für gemeinnützige Organisationen). Weiterhin gleichstellungspositiv sei der Ausbau der Kitas und Ganztagschulen und die Unterstützung für Alleinerziehende. Danach hätte etwa ein Viertel des Gesamtvolumens des Pakets (32 Milliarden € von 130 Milliarden €) eine positive Wirkung auf Gleichstellung (BMFSFJ 2020).

So begrüßenswert der Einsatz der Ministerin ist – zwei Fragen bleiben offen. Erstens: Wie lässt sich die Aussage belegen, das Paket trage mit einem Viertel des Gesamtvolumens zur Gleichstellung bei? Hängt eine positive Gleichstellungswirkung denn nicht von der *konkreten Ausgestaltung* einer Maßnahme ab? Zum Beispiel stellt sich die Frage, ob das Kurzarbeitergeld tatsächlich positiv auf Gleichstellung wirkt, denn es hat einen geschlechterpolitischen Konstruktionsfehler: Es berechnet sich nach dem Nettoentgeltausfall. Da aber viele (gerade westdeutsche) Verheiratete immer noch die Steuerklassenkombination III/V haben, bei der das Nettoeinkommen von Frauen besonders niedrig ist, sinkt die Höhe des Kurzarbeitergeldes für die Steuerklasse V (häufig die der Frau) erheblich und verschärft damit den Gender (Netto) Pay Gap (vgl. Spangenberg et. al. 2020, S: 13f., S. 193f.). In Bezug auf das Zukunftsprogramm Krankenhäuser ist zu fragen, ob die Förderung tatsächlich dem Pflegepersonal zugutekommen wird. Denn wenn hier der Schwerpunkt auf Digitalisierung liegt, die Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals aber nicht strukturell verbessert werden, haben wir im Zweifelsfall teure Technik, aber kein Personal, dem sie tatsächlich die Arbeit erleichtert.

Die zweite Frage bezieht sich auf den Gesamteffekt des Pakets: Wenn ein Viertel des Volumens gleichstellungspositiv wirken würde, wäre das schön – wenn jedoch die weiteren Dreiviertel deutlich gleichstellungsnegative Auswirkungen hätten (wir wissen es noch nicht!), wäre das Ziel verfehlt. Beispielsweise werden alleine neun Mrd. € in die zwei Maßnahmen für die Förderung der „Nationalen Wasserstoffstrategie“ gesteckt – eine Technologie, die zum einen tendenziell eher

¹⁰ Für den Umweltbereich wurde bereits 2002 eine Handlungsanleitung erarbeitet (Schultz & Hayn 2002), die 2019/20 speziell auf die Klimapolitik angepasst wurde (Spitzner et al. 2020).

¹¹ Allerdings sind nicht für alle Maßnahmen Finanzbedarf genannt, auch sind diese Bedarfe Schätzwerte.

männerdominierte Branchen stützen wird und zum anderen nur dann sinnvoll ist, wenn der enorm hohe Strombedarf bei der Herstellung von Wasserstoff durch erneuerbare Energiequellen erzeugt wird - was derzeit als illusorisch betrachtet werden kann.¹² Wenn als Argument angeführt wird, dass das Konjunkturpaket Gleichstellung befördert, da auch Branchen gestützt werden, in denen viele Frauen arbeiten: für gemeinnützige Organisationen werden im Konjunkturpaket 0,9 Mrd. € als Kredite veranschlagt – also ein Zehntel der Förderung für die beiden Maßnahmen zur Wasserstoffstrategie.

Wie sieht es mit weiteren Einzelmaßnahmen aus? Auch wenn hier nicht alle 57 Maßnahmen des Konjunkturpaketes analysiert werden können (und dies eigentlich Aufgabe des jeweils federführenden Fachressorts ist), wird im Folgenden anhand von zwei Beispielen gezeigt, dass vermeintlich geschlechtsneutrale Bereiche bei genauerer Betrachtung sehr wohl eine Geschlechterdimension haben – und auch das Risiko bergen, gleichstellungsnegativ zu wirken.

4. Nur „Nebenwirkungen“? Zwei Beispiele aus dem Konjunkturpaket

a. Beispiel Elektro-Mobilität

Mit dem Konjunkturpaket wird auch der „Austausch der Kfz-Fahrzeugflotte durch klima- und umweltfreundlichere Elektrofahrzeuge“ gefördert. Die sogenannte „Innovationsprämie“ verdoppelt die bereits im Klimaschutzprogramm 2030¹³ festgelegte staatliche Förderung eines bis zu 40.000 € teuren Elektrofahrzeugs auf 6.000 € (plus 3.000 € vom Hersteller, plus Mehrwertsteuersenkung bei Kauf bis 31.12.2020). Auch der – unter Klimaschutzaspekten fragwürdige – Kauf von PlugIn-Hybridfahrzeugen wird unterstützt, obwohl bekannt ist, dass diese nur selten aufgeladen und in geringem Umfang elektrisch genutzt werden.¹⁴ Über den Sinn und Unsinn von Prämien für den Autokauf als Konjunkturprogramm für die deutsche Automobilindustrie gibt es unterschiedliche Meinungen. Dass sie keinen Beitrag zur Verkehrswende im Sinne einer Reduktion des motorisierten Individualverkehrs bieten, dürfte dabei unstrittig sein. In Corona-Zeiten zeigte sich zudem, dass die Nutzung des ÖPNV wegen der Ansteckungsgefahr zurückging und der motorisierte Individualverkehr zunahm. Dies mit Kaufprämien zu unterstützen, ist kontraproduktiv für die Verkehrswende. Aber selbst die Effekte auf die deutsche Automobilindustrie müssen angesichts der Erfahrungen mit der Kaufprämie der Konjunkturprogramme I und II anlässlich der Bankenkrise 2008/9 bezweifelt werden (genanet et al. 2020). Die budgetorientierte Genderanalyse von Kuhl (2010) dieser Programme hat zusätzlich auf (mögliche) Geschlechterwirkungen der sogenannten Abwrackprämie hingewiesen. Allerdings zeigen die Daten zur realen Inanspruchnahme der Prämie, dass diese stärker von Frauen in Anspruch genommen wurde als zunächst vermutet. Das Hauptsegment beim Neukauf lag bei preisgünstigen Kleinwagen von vorrangig ausländischen produzierten Herstellern¹⁵ und lässt vermuten, dass viele Frauen ihre durchschnittlich älteren PKWs durch neue Kleinwagen ersetzt haben. Einen Hinweis auf die Ursachen dieses Kaufverhaltens gibt das Gender-Gap bei Einkommen und Vermögen: Laut statistischem Bundesamt war 2019 der durchschnittliche Bruttostundenverdienst von Frauen

¹² <https://www.pv-magazine.de/2020/06/10/gemischte-reaktionen-auf-nationale-wasserstoffstrategie/> (Abruf 23.8.2020)
<https://www.wwf.de/themen-projekte/klima-energie/klimaschutz-und-energiewende-in-deutschland/wasserstoff> (Abruf 23.8.2020)

¹³ Klimaschutzprogramm 2030 der Bundesregierung zur Umsetzung des Klimaschutzplans 2050.
<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975226/1679914/e01d6bd855f09bf05cf7498e06d0a3ff/2019-10-09-klima-massnahmen-data.pdf?download=1> (Abruf 22.8.20)

¹⁴ <https://www.sueddeutsche.de/auto/plugin-hybrid-verbrauch-1.4678352> (Abruf 22.8.20)

¹⁵ siehe z.B. <https://www.handelsblatt.com/auto/nachrichten/zulassungsstatistik-abwrackpraemie-bringt-frauen-auf-ueberholspur/3201252.html?ticket=ST-6261763-0FnLm7SGHciNYhq7Inc5-ap5> (Abruf 15.8.2020)
https://www.uni-due.de/imperia/md/content/car/ddp-22._juni_2009.pdf (Abruf 15.08.2020)

(unbereinigt) um 20 % geringer als der Verdienst der Männer¹⁶, bei starken regionalen und vor allem Ost-West-Unterschieden.¹⁷ Eine aktuelle Studie der Bertelsmann-Stiftung verweist darauf, dass über das gesamte Erwerbsleben gerechnet Frauen etwa 45 % weniger Einkommen generieren als Männer.¹⁸ Die Vermögen von Frauen liegen knapp 30 % unter denen von Männern (Deutscher Bundestag 2020).

Die geringeren finanziellen Ressourcen von Frauen lassen auch Auswirkungen bei der möglichen Inanspruchnahme der „Innovationsprämie“ des Corona-Konjunkturprogramms erwarten: Elektro-Autos finden sich aktuell noch in einem eher höheren Preissegment, einige wenige Modelle gibt es bereits ab 30.000 €, die meisten bewegen sich ab 45.000 € aufwärts. So erklärt sich auch, dass der Anteil der auf Frauen zugelassenen E-Neuwagen geringer ist (27,9 % der 2018 in Privathaushalten zugelassenen E-Autos) als bei allen Neuzulassungen (36,0 %). Deutlich wird der finanzielle Gender-Gap auch beim Blick auf die Hersteller: im eher hochpreisigen Marktsegment z.B. von Tesla lag der Anteil der auf Frauen zugelassenen PKWs 2018 bei 14,8 %, beim eher im unteren Preissegment zu findenden Renault ZOE, dem meistverkauften E-Auto in Deutschland, bei 33,5 %.¹⁹ Einige E-Autohersteller haben kürzlich neue Modelle im unteren Preissegment auf den Markt gebracht bzw. planen dies für Herbst 2020²⁰, was die Nachfrage von Frauen nach der „Innovationsprämie“ erhöhen könnte. Dies gilt es weiter zu verfolgen.

Hinzuweisen ist aber auch darauf, dass der weitaus größte Teil der Kfz-Neuzulassungen Geschäftswagen sind, bei E-Autos trifft das auf 59,7 % aller Neuzulassungen zu. Dadurch vermindert sich der Zugang von Frauen zu E-Fahrzeugen nochmal erheblich, weil ihr Zugang zu Firmenwagen erheblich geringer ist als der ihrer männlichen Kollegen, wie Umfrageergebnisse zeigen.

Anteil von Frauen und Männern mit einem Firmenwagen

	Fachkräfte		Führungskräfte	
	w	m	w	m
Bruttolistenpreis	28.908 €	36.896 €	42.792 €	52.074 €
Verbreitung	3,21 %	12,12 %	27,40 %	49,33 %

(Quelle: <https://www.compensation-partner.de/de/news-und-presse/firmenwagenmonitor-2018>, eigene Darstellung)

Geschlechterdisaggregierte Daten darüber, wie viele Frauen und Männer einen **geldwerten Vorteil** aus privater Nutzung eines Dienstwagens versteuerten, liegen nicht vor (Deutscher Bundestag 2020). Erstaunlich ist, dass in einer Kleinen Anfrage der GRÜNEN im Deutschen Bundestag (2020) die Frage nach den Wirkungen der steuerlichen Förderungen von E-Autos trotzdem wie folgt beantwortet werden konnte: „Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenssituation von Frauen und Männern sind keine Auswirkungen erkennbar, die gleichstellungspolitischen Zielen gemäß § 2 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien zuwiderlaufen.“ (ibid: 13)

¹⁶ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/3261/umfrage/gender-pay-gap-in-deutschland/> (Abruf 15.8.20)

¹⁷ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/157769/umfrage/verdienstabstand-zwischen-maennern-und-frauen-in-deutschland/> (Abruf 15.8.20)

¹⁸ <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2020/maerz/die-grosse-kluft-frauen-verdienen-im-leben-nur-halb-so-viel-wie-maenner> (Abruf 15.08.2020)

¹⁹ alle Daten eigene Berechnungen aus der Tabelle FZ 4.2: Personenkraftwagen im Jahr 2018 nach Herstellern, Handelsnamen und ausgewählten Merkmalen des Kraftfahrtbundesamtes, https://www.kba.de/SharedDocs/Publikationen/DE/Statistik/Fahrzeuge/FZ/2018/fz4_2018_xls.xlsx?__blob=publicationFile&v=7 (Abruf 15.08.2020)

²⁰ <https://www.adac.de/rund-ums-fahrzeug/elektromobilitaet/kaufen/neue-elektroautos/> (Abruf 15.8.2020)

Mit der Erhöhung der Kaufpreisgrenze von 40.000 auf 60.000 € für die niedrigere Besteuerung bei privater Nutzung von E-Dienstwagen kommen mehr hochpreisige E-Dienstwagen bzw. deren Nutzer*innen in den Genuss der steuerlichen Vorteile. Der erhebliche höhere Anteil von Männern bei teureren Dienstwagen (siehe Tabelle S. 6) weist darauf hin, dass diese auch deutlich stärker von der Maßnahme profitieren werden.

Ergänzend bergen die Kaufprämien eine weitere Ungerechtigkeit: 77,1 % der deutschen Haushalte besitzen einen PKW²¹, die anderen 22,9 % – mehrheitlich Frauen – nutzen den öffentlichen Verkehr, Car-Sharing, Fahrrad oder gehen zu Fuß. In Metropolen liegt der Anteil autofreier Haushalte bei 43 % (Follmer/Gruschwitz 2019), diese profitieren nicht von der Prämie. Im Sinne des ohnehin knappen städtischen Raumes und des Klimaschutzes ist es hier noch weniger sinnvoll, durch Prämien zum Kauf weiterer Autos anzuregen.

Kleinere und preisgünstigere E-Autos haben aufgrund ihres geringeren Gewichts und der in der Regel geringeren Batteriekapazität eine kleinere Reichweite. Es ist zu vermuten, dass sie eher in städtischen Bereichen und möglicherweise eher als Zweitauto für die familiäre Versorgungsarbeit genutzt werden. Hierzu liegen unseres Wissens aktuell keine Daten vor. Auch diese Datenlücke müsste geschlossen werden.

Beim Flottenaustauschprogramm „Sozial & Mobil“, mit dem Elektromobilität im Stadtverkehr gefördert und die gemeinnützigen Träger bei der Flottenumrüstung unterstützt werden sollen (Maßnahme 9 Konjunkturprogramm), ist ebenfalls die Verteilung nach Nutzungszwecken im Auge zu behalten. Ggf. sind soziale Träger der Versorgungsarbeit (z.B. ambulante Kranken- und Altenpflege) gezielt anzusprechen und zu fördern.

Im Sinne eines gerechten Zugangs zu den Prämien, aber auch im Sinne einer ökologischen Verkehrswende sollte das Konjunkturprogramm auch die Förderung von E-Bikes unterstützen. Darauf verweisen Ergebnisse der Geschlechterforschung zu Elektromobilität: Frauen haben ein deutlich höheres Interesse am Kauf von E-Bikes als am Kauf von E-Autos (Cerbe/Machledt-Michael o.J.). Auch zeigen verschiedene Untersuchungen, dass Frauen weniger Kenntnisse über und Erfahrungen mit Elektromobilität haben als Männer (Kordts 2020, Sovacool et al. 2019) und auch die Kaufsubventionierung von E-Autos deutlicher ablehnen (BITKOM 2010, PwC 2012). So wurden z.B. „in Norwegen, das sich als Vorreiter der Elektromobilität versteht und dies auf Subventionen beim Kauf und der Haltung zurückführt, (...) 3.400 Elektroautonutzende nach ihren Präferenzen bei Subventionen befragt. Die Ergebnisse zeigen: Elektroautofahrer/-innen sind zu 81 % männlich, mittleren Alters (36-55 Jahre), haben einen Hochschulabschluss und leben in der Stadt. Fiskalische Anreize beim Kauf sind wichtig für Männer, die auch ein höheres Budget für den Kauf zur Verfügung haben, während für Frauen geringere Unterhaltskosten vorrangig sind“ (Röhr et al 2018: 50). Gleiches gilt für Deutschland, wo die Nutzer*innen von Elektrofahrzeugen ebenfalls überwiegend männlich sind, ein hohes Bildungs- und Einkommensniveau haben und durchschnittlich 51 Jahre alt sind (Lenz, Frenzel, Jarass/Trommler, 2015, nach: Cerbe/Machledt-Michael o.J.).

Die wichtigsten Punkte zusammengefasst:

- Das (eher hohe) Preisniveau von Elektroautos kann Frauen wegen ihrer geringeren finanziellen Ressourcen beim Zugang zur „Innovationsprämie“ benachteiligen.
- PlugIn Hybride tragen nicht zum Klimaschutz bei, weil sie nur in geringem Umfang mit Elektroantrieb genutzt werden.

²¹ <https://www.umweltbundesamt.de/daten/private-haushalte-konsum/mobilitaet-privater-haushalte#-hoher-motorisierungsgrad> (Abruf 23.8.2020)

- Als Beitrag zu einer Verkehrswende, die den motorisierten Individualverkehr reduziert bei gleichzeitiger Unterstützung des Mobilitätsbedarfs von Frauen, muss es „Innovationsprämien“ für E-Bikes geben.
- Die Anhebung der Kaufpreisgrenze von 40.000 auf 60.000 € für die steuerliche Subventionierung von E-Dienstautos verstärkt deren ungleiche Geschlechterwirkungen.

b. Beispiel (Green) Start-ups

Startup-Unternehmen werden im Konjunkturpaket nur einmal erwähnt (Maßnahme 8), und dies im Zusammenhang mit Mitarbeiter*innenbeteiligung und deren Förderung. Start-ups sind, so lässt sich vermuten, in besonderem Ausmaß von den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise betroffen. Das gilt vor allem für junge Unternehmen, die von Frauen gegründet wurden. Warum?

Aus Geschlechterperspektive stellt sich die Start-up-Landschaft aktuell folgendermaßen dar: Bei Startup-Gründungen beträgt der Frauenanteil ca. 15 % - zum Vergleich: bei klassischen Gründungen beträgt der Anteil 37 %, wobei sich diese Daten zum Frauenanteil auf Gründungen von geschlechtergemischten Teams beziehen (hannoverimpuls et al. 2020). Der Anteil von allein von Frauen gegründeten Start-ups in der Hightech-Branche liegt bei lediglich fünf Prozent (ibid.).

21 % aller Gründungen in Deutschland können als ‚grüne‘ Start-ups eingestuft werden, die mit ihren Produkten und Dienstleistungen einen Beitrag zum Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz leisten (Olteanu/Fichter 2020, Olteanu 2020: 136). Grüne Start-ups zeichnen sich auch dadurch aus, dass sie ihre Beschäftigten stärker beteiligen, motivieren und fördern als nicht-grüne Gründungen (Olteanu/Fichter 2020: 7). Laut aktuellstem Green Startup Monitor²² ist der Frauenanteil bei grünen Unternehmensgründungen deutlich gewachsen und liegt bei 22 % gegenüber 13 % bei nicht-grünen Gründungen, bei denen der Frauenanteil einen leichten Rückgang zu verzeichnen hat (ibid.).²³

Eine Auswertung der Daten aus dem Jahr 2018 zeigt die zu erwartenden Geschlechterunterschiede bei den Branchen, in denen Frauen, Männer oder gemischte Teams gründen. Frauen gründen in den eher weiblich konnotierten Branchen, knapp dreiviertel ihrer Gründungen liegen im Bereich Wirtschafts-, Kultur- oder Sozialwissenschaften, 16 % im Grafikdesign bzw. im künstlerischem Bereich, in den Natur- und Rechtswissenschaften sind sie noch zu jeweils 5 % vertreten. In den Branchen Informatik, Computer- und Ingenieurwissenschaften sind sie quasi nicht präsent (Olteanu 2018). Entsprechend bieten Frauengründungen am häufigsten (analoge) Dienstleistungen an, während Männergründungen am häufigsten im Bereich Technologieentwicklung und -produktion stattfinden (ibid.).

Frauenunternehmen haben weniger angestellte Mitarbeiter*innen, arbeiten deutlich weniger Wochenstunden, diese aber in wesentlich größerem Umfang von zu Hause (ibid.). Auffällig auch die Kapitalbeschaffung, die bei Frauengründungen häufiger auf eigenen Ersparnissen, Unterstützung durch Familie und Freunde, Bankdarlehen, aber auch Crowdfunding basiert, während sie bei staatlichen Förderungen und Förderungen aus der Wirtschaft gegenüber den Gründungen von Männern zurückliegen. Insgesamt messen die Gründerinnen mit 78 % Zustimmung der ökologischen und gesellschaftlichen Wirksamkeit ihres Unternehmens ein deutlich höheres Gewicht bei als männliche Gründungen, die dem mit 52 % zustimmen (genanet 2020).

²² <https://deutschestartups.org/wp-content/uploads/2020/04/Green-Startup-Monitor-2020.pdf> (Abruf 23.8.2020)

²³ Die unterschiedlichen Zahlen sind vermutlich der unscharfen Abgrenzung von Start-ups gegenüber klassischen Gründungen sowie von grünen gegenüber nicht-grünen Startups geschuldet.

Wie wirkt sich die Corona-Krise auf dieses Gründer*innensegment aus? Besonders betroffen von der Corona-Krise und dem Lockdown sind Klein- und Kleinstunternehmen, die 96 % aller Unternehmen in Deutschland ausmachen. 25 % der Soloselbstständigen erwarten noch in diesem Jahr das Aus durch Umsatzeinbußen von mehr als 75 %²⁴. Besonders betroffen sind dabei die konsumnahen Dienstleistungen, weniger betroffen sind die hoch digitalisierten und vermutlich auch die auf Technikentwicklung fokussierenden Unternehmen. Bei den Start-ups fürchten 70 % der Unternehmerinnen, dass die Pandemie negative Auswirkungen in Form von Umsatzrückgängen, Veranstaltungsausfällen und Auftragsverzögerungen haben wird. Dem gegenüber stehen Fintech-Unternehmen, also technologiebasierte Unternehmen im Bereich der Finanzdienstleistungen, hier erwarten 70 % der Unternehmen Vorteile von der Corona-Krise. Der Gründerinnenanteil beträgt in diesem Bereich in Deutschland 4 %²⁵.

Diese Daten geben lassen die Schlussfolgerung zu, dass Start-ups ebenso wie bereits länger bestehende Kleinstunternehmen von Frauen stärker von der Krise betroffen sein werden wie von Männern gegründete Unternehmen. „Gründerinnen und Gründer stehen in der Corona-Krise vor besonderen Herausforderungen“, so Kryptoszene-Analyst Raphael Lulay. „Während einzelne Branchen sogar profitieren, bekommen insbesondere Gründerinnen die Auswirkungen zu spüren. Sie leiten einerseits häufiger Startups in Bereichen, welche nicht zu den Krisengewinnern zählen, und reduzieren andererseits ihre Arbeitszeit deutlicher als ihre männlichen Kollegen – zumindest dann, wenn Kinder mit im Spiel sind“.²⁶ Damit wird darauf verwiesen, dass die durch Corona zunehmende Versorgungs-, Erziehungs- und Bildungsarbeit stärker zu Lasten der Unternehmerinnen gehen. Auch der deutsche Startupmonitor²⁷ hat eine Umfrage durchgeführt, um die Wirkungen der Corona-Krise auf Start-ups zu analysieren. Ergebnisse liegen zum jetzigen Zeitpunkt (September 2020) leider noch nicht vor, können aber, sofern sie nach Geschlecht ausgewertet werden, weitere Hinweise auf geschlechterdifferenzierte Wirkungen geben.

Und wie reagiert das Corona-Konjunkturprogramm darauf? Fast gar nicht, bis auf die anfangs erwähnte Unterstützung bei der Mitarbeiter*innenbeteiligung – eine Unterstützung, die am Bedarf von Frauenunternehmen wie oben dargestellt vorbeigeht. Außerdem gibt es Soforthilfen für Soloselbstständige und Kleinstbetriebe, die zur Unterstützung bei den Fixkosten dienen. Die sind aber bei Solounternehmer*innen nicht das Problem, sondern die private Miete und der Lebensunterhalt. Hierfür wird ein erleichterter Zugang zu Harz IV versprochen, bei dem es in der Realität allerdings Probleme zu geben scheint (zdf zoom 19.8.20). Auch wird kritisiert, dass zunächst Ersparnisse, Anlagen oder Aktien, mit denen der Ruhestand finanziert werden soll, bis auf einen Grundstock von 60.000 € reduziert werden müssen. Abgesehen davon, dass zu vermuten ist, dass die Solo- und Kleinstunternehmen von Frauen selbst diese Altersabsicherung nicht besitzen, verlagert sich dadurch das Problem in die Zukunft, wenn der Ruhestand finanziert werden muss und zwingt dann viele Soloselbstständige in die staatlich geförderte Grundsicherung. Kurz gefasst: die Mehrheit der Klein- und Solounternehmen – mit hohem Anteil an Frauenunternehmen – werden durch das Konjunkturprogramm nicht gestützt.

Unter diesen Umständen wundert es nicht, dass Unternehmerinnen von den psychosozialen Folgen des Virus stärker betroffen sind als männliche Unternehmer. „Unterscheidet man innerhalb der Gruppe der Selbständigen zwischen den Geschlechtern, so zeigt sich, dass Frauen mit einem

²⁴ <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/umfrage-jeder-vierte-solo-selbststaendige-rechnet-mit-aus-in-der-krise/25871430.html?ticket=ST-90791-tXo5jc7g470elr3UEWFa-ap5> (Abruf 18.8.2020)

²⁵ <https://finanz-szene.de/fintech/gibt-es-wirklich-keine-fintech-frauen-doch-doch/> (Abruf 18.8.2020)

²⁶ nach: <https://www.unternehmeredition.de/corona/corona-krise-setzt-startups-zu/> (Abruf 18.8.2020)

²⁷ <https://deutscherstartupmonitor.de/> (Abruf 8.9.2020)

durchschnittlichen Verlust an Lebenszufriedenheit in Höhe von 1,85 Punkten auf einer Skala von 1 bis 10 härter von der Krise betroffen sind als der Durchschnitt aller Selbständigen (minus 1,43). Innerhalb dieser Gruppe verzeichnen vor allem Frauen, die angeben, negativ durch die Corona-Maßnahmen betroffen zu sein, einen dramatischen Einbruch ihrer Lebenszufriedenheit mit minus 2,29 Punkten“ (Ahlheim et al. 2020: 589). Neben den nachteiligen Wirkungen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie (s. Fußnote 4) wird als weiterer Faktor dafür genannt, dass Frauen ihre Gründungen häufiger ohne externe Finanzierungen durchführen und dadurch eher von Insolvenz betroffen sind.²⁸

Das Konjunkturpaket bietet den Unternehmen und hier vor allem den Start-ups, die von den wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise besonders betroffenen sind, keinerlei Rettungsschirm. Aufgrund des hohen Frauenanteils bei Klein- und Kleinstunternehmen ist diese Lücke hochgradig gleichstellungsrelevant.

Wenn der ohnehin geringe Anteil von Frauenunternehmen und Frauengründungen durch die Corona-Krise nicht dramatisch sinken soll und Altersarmut von Klein- und Solounternehmerinnen vermieden werden soll, muss hier also dringend sehr gezielt und zielgruppenorientiert eingegriffen werden. Empfehlungen dazu gibt eine Untersuchung von Start-ups in Niedersachsen, die von Frauen gegründet wurden. Darin wird aufgezeigt, „dass das große Potential, das Frauen für die weitere technische und soziale Entwicklung mit sich bringen, aufgrund bestehender Rahmenbedingungen nicht optimal ausgeschöpft wird. Deshalb ist es erforderlich, diese Zielgruppe individuell zu fördern und zu unterstützen (#femalestartupsnds 2020: 6), u.a. durch spezielle Finanzierungsprogramme für weibliche Start-ups (ibid.)

Die wichtigsten Punkte zusammen gefasst:

- Frauen sind im Bereich der grünen Start-ups deutlich stärker vertreten als im Schnitt aller Gründungen.
- Frauenunternehmen arbeiten überproportional in Bereichen, die von der Corona-Krise besonders negativ betroffen sind, gehen aber beim Konjunkturpaket weitgehend leer aus.
- Für Klein- und Kleinstunternehmer*innen greifen die staatlichen Unterstützungsangebote nicht, weiter erschwert wird die Krisen-Situation vor allem für Unternehmerinnen mit Kindern durch die Verlagerung von Versorgungsarbeit in private Haushalte.
- Durch drohende Insolvenzen kann sich die ohnehin geringe Frauenquote bei Unternehmen und Gründungen weiter verringern, mit entsprechend negativen Auswirkungen für die Betroffenen.

5. Was jetzt (schnell) geschehen muss

Wir können in diesem Beitrag die Krisenbewältigung der Bundesregierung nicht in Gänze und differenziert betrachten. Es zeigt sich aber, dass trotz klarer Vorgaben bisher zu wenig unternommen wurde, um die Folgen der Krise auch in ihren Gender-Dimensionen zu durchdringen. In der konkreten Ausgestaltung der Maßnahmen und der entsprechenden Gesetze sowie bei möglichen Folgemaßnahmen wird dies nun nachzuholen sein. Denn laut GGO ist eine Folgenabschätzung nach Geschlecht verbindlich – auch wenn diese Vorgabe bisher viel zu häufig von den Fachressorts ignoriert wird und die personellen Ressourcen eine gründliche Prüfung hier nicht zulässt.

²⁸ https://www.gruenderszene.de/amp/female-founders-monitor?__twitter_impression=true (Abruf 23.8.2020)

Neben dieser Aufgabe, die „Mainstream“-Maßnahmen einem Gender Impact Assessment zu unterziehen und so gute Politik für Bürgerinnen und Bürger zu befördern, scheint es politisch vordringlich zu sein, eine Aufwertung der bezahlten Care-Arbeit zu erreichen (siehe auch Bundesregierung 2017, S. 142ff.). Denn was nutzt ein mithilfe des Konjunkturpaketes digitalisiertes Krankenhaus, in dem die Fachkräfte fehlen? Auch eine weitere Entlastung in der unbezahlten Care Arbeit und Anreize für eine partnerschaftliche Aufteilung der Sorgearbeit helfen Familien langfristig durchaus mehr als ein einmaliger Kinderbonus. So wäre zum Beispiel die Förderung von sozialen Innovationen im Care-Sektor wichtig, wie die Subventionierung von haushaltsnahen Dienstleistungen (siehe z.B. Bundesregierung 2017, S. 172ff.). Dies müsste so ausgestaltet sein, dass neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze für diejenigen entstehen, die derzeit prekär oder illegal in Privathaushalten und Betrieben arbeiten (dies sind vor allem Frauen mit Migrationsgeschichte). „Da „Care“-Investitionen wie Kinderbetreuung, Bildung, Pflege und Gesundheit laut Studien (z.B. De Henau/Himmelweit 2020) doppelt so viele Arbeitsplätze wie Investitionen in „Beton“ schaffen, würde dies auch die Wirtschaft beleben.“²⁹

Ebenso gilt es, die Querschnittsaufgabe Klimaschutz bei den konjunkturfördernden Maßnahmen ernst zu nehmen und die Verminderung des Klimawandels nicht nachrangig zur Coronakrise zu behandeln und in die Nach-Corona-Zeit zu verschieben. Es geht genau darum, die Verbindungen zwischen den beiden Krisen zu adressieren und konjunkturelle Maßnahmen so auszuwählen, dass sie den Weg bereiten zur Umsetzung der Klimaschutzziele und damit für ein mittelfristig emissionsarmes und langfristig emissionsfreies Wirtschaften. Ein Konjunkturprogramm, das Wirtschaftsstimuli weder an Auflagen zum Klimaschutz noch zur Geschlechtergerechtigkeit koppelt, greift deshalb zu kurz. Es leistet keinen Beitrag zur Bewältigung der aktuellen Krisen, sondern verschärft sie möglicherweise noch.

Im Konjunkturprogramm scheinen zwar stellenweise der gute Wille und die Bemühungen einzelner Ressorts für sozial-ökologische Stimuli durch, es zeigt sich aber auch deutlich, dass die Lobby der fossilen und männerdominierten Industrien am längeren Hebel sitzt. Die z.B. von vielen Umwelt- und Sozialverbänden sowie Unternehmen geforderte „Mobilitätsprämie“ hat ihren Eingang in das Programm nicht gefunden.

Auch wenn das Konjunkturpaket nun mit seiner grundsätzlich geschlechtsblinden und nicht klima-adäquaten Prioritätensetzung nicht mehr komplett neu gestaltet werden kann: Wichtig wäre jetzt in die Ausgestaltung der Maßnahmen des Konjunkturpaketes ein konsequentes Gender Impact Assessment einzuziehen. Mit einer solchen Folgenabschätzung der entsprechenden Gesetzesentwürfe und Richtlinien können diese sozial und ökologisch nachhaltiger gestaltet werden und ein Umsteuern im Nachhinein sowie langfristige Folgekosten vermieden werden.

Kontakt:

genanet – Gender | Umwelt | Nachhaltigkeit
 c/o genderCC – Women for Climate Justice e.V., Anklamer Str. 38, 10115 Berlin
www.genanet.de
roehr@genanet.de

²⁹ https://www.attac.at/fileadmin/user_upload/dateien/kampagnen/Corona/Feministisches_Konjunkturpaket_FINAL.pdf (Abruf 9.9.2020)

Literatur

- Ahlheim, Michael/Bruckmeyer, Stefan/Konrad, Kai A./Windsteiger, Lisa (2020): Verlorenes Glück – Zufriedenheitsverluste in der Corona-Krise. In: Wirtschaftsdienst 100(8), S. 586-590, <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2020/heft/8/beitrag/verlorenes-glueck-zufriedenheitsverluste-in-der-corona-krise.html> (Abruf 28.8.2020).
- BITCOM - Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. (2010): Studie „Elektromobilität“, <https://www.bitkom.org/sites/default/files/file/import/BITKOM-Elektromobilitaet-Extranet.pdf> (Abruf 18.8.2020).
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2020): Konjunkturpaket setzt wichtige Impulse für die Gleichstellung. Pressemitteilung vom 08.06.2020, <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/presse/pressemitteilungen/konjunkturpaket-setzt-wichtige-impulse-fuer-die-gleichstellung-/156414> (Abruf 09.09.2020).
- BMZ – Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hg.) (2016): Entwicklungspolitischer Aktionsplan zur Gleichberechtigung der Geschlechter 2016 – 2020. BMZ-Papier 03, https://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier361_02_2016.pdf (Abruf 09.09.2020).
- Bujard, Martin/Laß, Inga/Diabaté, Sabine/Sulak, Harun/Schneider, Norbert F. (2020): Eltern während der Corona-Krise. Zur Improvisation gezwungen. BiB - Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hg.). Wiesbaden, https://www.bib.bund.de/Publikation/2020/pdf/Eltern-waehrend-der-Corona-Krise.pdf?__blob=publicationFile&v=7 (Abruf 09.09.2020).
- Bundesregierung (2017): Zweiter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Veröffentlicht als BT-Drucksache 18/2840. Berlin, <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/zweiter-gleich-stellungsbericht-der-bundesregierung/119796> (Abruf 09.09.2020).
- Bundesregierung (2020): Corona-Folgen bekämpfen, Wohlstand sichern, Zukunftsfähigkeit stärken. Ergebnis Koalitionsausschuss 3. Juni 2020, <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Schlaglichter/Konjunkturpaket/2020-06-03-eckpunktepapier.html> (Abruf 09.09.2020).
- Cerbe, Thomas/Machledt-Michael, Sonja (o. J.): Die Elektromobilität ist WEIBLICH. Schlussbericht. Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften. Salzgitter, <https://www.ostfalia.de/cms/de/ifvm/.content/documents/Die-Elektromobilitaet-ist-WEIBLICH.pdf> (Abruf 23.08.2020).
- De Henau, Jerome/Himmelweit, Susan (2020): Stimulating OECD economies post-Covid by investing in care. IKD Working Paper No. 85. The Open University, http://www.open.ac.uk/ikd/sites/www.open.ac.uk/ikd/files/files/working-papers/COVID%20care-led%20recovery_IKD_WP85_2020_06_12%20%28003%29.pdf (Abruf 08.09.2020).
- Destatis - Statistisches Bundesamt (2018): Pflegestatistik 2017. Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung. Deutschlandergebnisse, https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Gesundheit/Pflege/Publikationen/Downloads-Pflege/pflege-deutschlandergebnisse-5224001179004.pdf?__blob=publicationFile (Abruf 09.09.2020).
- Deutscher Bundestag (2020): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Lisa Paus, Anja Hajduk, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 19/18127. Geschlechtsspezifische Unterschiede im Steuerrecht. Drucksache 19/18921. <https://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/189/1918921.pdf> (Abruf 01.09.2020).
- Deutscher Frauenrat (2020): Für eine geschlechtergerechte Krisenpolitik. Thema „Corona“ am 14. Mai 2020, <https://www.frauenrat.de/fuer-eine-geschlechtergerechte-krisenpolitik/> (Abruf 09.09.2020).
- Färber, Christine/Dohmen, Dieter (2006): Machbarkeitsstudie Gender Budgeting auf Bundesebene. BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.), Mitarbeit: Köhnen, Manfred/Parlar, Renée/Cleuvers, Birgitt A. Berlin, <https://www.bmfsfj.de/blob/84346/a3561553b17a20cef-de5f41f0fe8a36d/machbarkeitsstudie-gender-budget-ing-pdf-data.pdf> (Abruf 09.09.2020).
- Follmer, Robert/Gruschwitz, Dana (2019): Mobilität in Deutschland – MiD-Kurzreport. Ausgabe 4.0. Studie von infas, DNR, IVT und infas 360 im Auftrag des Bundesministers für Verkehr und Digitale Infrastruktur. Bonn, Berlin, http://www.mobilitaet-in-deutschland.de/pdf/infas_Mobilitaet_in_Deutschland_2017_Kurzreport_DS.pdf (Abruf 23.08.2020).

Freitag, Nora (2020): Arbeitsausbeutung beenden. Osteuropäische Arbeitskräfte in der häuslichen Betreuung in Deutschland. Deutsches Institut für Menschenrechte/Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung. Berlin, https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/ANALYSE/Analyse_Arbeitsausbeutung_beenden.pdf (Abruf 08.09.2020).

Frey, Regina (2020): Corona und Gender – ein geschlechtsbezogener Blick auf die Pandemie und ihre (möglichen) Folgen. Arbeitspapier vom 20.03.2020. https://www.gender.de/cms-gender/wp-content/uploads/gender_corona.pdf (Abruf 09.09.2020).

Frey, Regina/Kuhl, Mara (2019): Geschlechtergerechter Bundeshaushalt am Beispiel Arbeitsmarkt- und Sportförderung. Deutscher Frauenrat (Hg.). Berlin, <https://www.frauenrat.de/wp-content/uploads/2020/05/Gutachten-Geschlechtergerechter-Bundeshaushalt.pdf> (Abruf 09.09.2020).

genanet (2020): genaNews Juni 2020, <https://www.genanet.de/newsletter/genanews-juni-2020> (Abruf 23.08.20).

genanet/GenderCC/LIFE e. V. (2020): Für eine geschlechtergerechte Bewältigung der Corona- und der Klima-Krise. Diskussionspapier. Berlin, https://www.genanet.de/fileadmin/user_upload/dokumente/Themen/Corona/20200512_Diskussionspapier_Corona-Klima-Gender.pdf (Abruf 23.08.2020).

hannoverimpuls GmbH/Gründerinnen-Consult/Juniorprofessur Female Entrepreneurship - Carl von Ossietzky Universität Oldenburg (2020): #femalestartupsnds: Female Entrepreneurship in Niedersachsen, <https://www.wirtschaftsfoerderung-hannover.de/content/download/826245/21012244/file/Studie%20%23femalestartupsnds%20-%20Female%20Entrepreneurship%20in%20Niedersachsen.pdf> (Abruf 29.08.2020).

IMF – International Monetary Fund (2016a): Gender Budgeting: Fiscal Context and Current Outcomes. IMF Working Paper. WP/16/149, <https://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2016/wp16149.pdf> (Abruf 22.01.2019).

IMF – International Monetary Fund (2016b): Europe: A Survey of Gender Budgeting Efforts. IMF - Working Paper. WP/16/155.

Klatzer, Elisabeth/Rinaldi, Azzurra (2020): „#nextGenerationEU“ Leaves Women Behind. Gender Impact Assessment of the European Commission Proposals for the EU Recovery Plan. Studie im Auftrag von The Greens/EFA Group in the European Parliament, https://alexandrageese.eu/wp-content/uploads/2020/07/Gender-Impact-Assessment-NextGenerationEU_Klatzer_Rinaldi_2020.pdf (Abruf 09.09.2020).

Klimaschutzprogramm 2030 der Bundesregierung zur Umsetzung des Klimaschutzplans 2050, <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975226/1679914/e01d6bd855f09bf05cf7498e06d0a3ff/2019-10-09-klima-massnahmen-data.pdf?download=1> (Abruf 09.09.2020).

Koebe, Josefine /Samtleben, Claire/Schrenker, Annekatrin/Zucco, Aline (2020): Systemrelevant, aber dennoch kaum anerkannt: Entlohnung unverzichtbarer Berufe in der Corona-Krise unterdurchschnittlich, DIW aktuell 48, https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.792728.de/diw_aktuell_48.pdf (Abruf 09.09.2020).

Kords, Martin (2020): Umfrage zur Erfahrung mit Elektroautos in Österreich nach Geschlecht 2020, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1116334/umfrage/umfrage-zur-erfahrung-mit-elektroautos-in-oesterreich-nach-geschlecht/> (Abruf 18.08.2020).

Kraftfahrt-Bundesamt (o. J.): Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern nach Herstellern und Handelsnamen 2018. Eigene Berechnung nach Tabelle 4.2, https://www.kba.de/SharedDocs/Publikationen/DE/Statistik/Fahrzeuge/FZ/2018/fz4_2018_xls.xlsx?__blob=publicationFile&v=7 (Abruf 15.08.2020).

Kuhl, Mara (2010): Wem werden Konjunkturprogramme gerecht? Eine budgetorientierte Gender-Analyse der Konjunkturpakete I und II. In: WISO-Diskurs. Expertisen und Dokumentationen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn, <https://library.fes.de/pdf-files/wiso/07230.pdf> (Abruf 09.09.2020).

Kuhl, Mara (2012): Krisenpolitik als Zukunftsaufgabe – Vorschläge zur gleichstellungspolitischen Qualität von Konjunkturpolitik. Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin, <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/09519.pdf> (Abruf 09.09.2020).

- Lewalter, Sandra (2013): Gender in der Verwaltungswissenschaft konkret: Gleichstellungsorientierte Gesetzesfolgenabschätzung. Discussion Paper 20, 01/2013 des Harriet Taylor Mill-Institut für Ökonomie und Geschlechterforschung, <https://www.harriet-taylor-mill.de/images/docs/discuss/DiscPap20.pdf> (Abruf 09.09.2020).
- OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development (2017): Gender Budgeting in OECD Countries. OECD Journal on Budgeting 2016/3, <https://www.oecd.org/gender/Gender-Budgeting-in-OECD-countries.pdf> (Abruf 09.09.2020).
- Olteanu, Yasmin (2018): Grüne Start-ups und Gender. Ausgesuchte Zwischenergebnisse. Gastvortrag im Gender Diskurs des GUTZ am 18.12.2018, Beuth-Hochschule Berlin, unveröffentlicht.
- Olteanu, Yasmin (2020): Rather be female than green: Einflussvariablen auf das Crowdfunding von Start-ups. In: Carl, Andrea-Hilla/Kunze, Stefanie/Olteanu, Yasmin/Yildiz, Özlem/Yollu-Tok, Aysel (Hg.): Geschlechterverhältnisse im Kontext von Unternehmen und Gesellschaft. HWR Berlin Forschung, Bd. 70. Baden-Baden: Nomos, S. 131-147.
- Olteanu, Yasmin/Fichter, Klaus (2020): Green Startup Monitor 2020. Borderstep Institut/Bundesverband Deutsche Startups e. V. Berlin, <https://deutschestartups.org/wp-content/uploads/2020/04/Green-Startup-Monitor-2020.pdf> (Abruf 18.08.2020).
- PwC - PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (2012): Elektromobilität – Normen bringen die Zukunft in Fahrt. Herausgegeben vom DIN Deutsches Institut für Normung e.V. Berlin.
- Röhr, Ulrike/Alber, Gotelind/Göldner, Lisa (2018): Gendergerechtigkeit als Beitrag zu einer erfolgreichen Klimapolitik: Forschungsreview, Analyse internationaler Vereinbarungen, Portfolioanalyse. Zwischenbericht. Umweltbundesamt (Hg.). Texte 23/2018, https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2018-03-15_texte_23-2018_gender-klima.pdf (Abruf 23.08.2020).
- Schultz, Irmgard/Hayn, Doris (2002): Gender Impact Assessment im Bereich Strahlenschutz und Umwelt– Abschlussbericht. Institut für sozial-ökologische Forschung. Frankfurt am Main, http://www.genderkompetenz.info/w/files/gkompzpdf/gia_abschlussbericht_strahlenschutz.pdf (Abruf 08.09.2020)
- Sovacool, Benjamin K./Kester, Johannes/Noel, Lance/Zarazua de Rubens, Gerardo (2019): Are electric vehicles masculinized? Gender, identity, and environmental values in Nordic transport practices and vehicle-to-grid (V2G) preferences. In: Transportation Research Part D: Transport and Environment 72, S. 187-202.
- Spangenberg, Ulrike/Färber, Gisela/Späth, Corinna (2020): Mittelbare Diskriminierung im Lohnsteuerverfahren. Auswirkungen der Lohnsteuerklassen auf Nettoeinkommen und Lohnersatzleistungen. Working Paper Forschungsförderung. Nummer 190. Hans-Böckler-Stiftung (Hg.): https://www.boeckler.de/pdf/p_fofoe_WP_190_2020.pdf (Abruf: 29.07.2020).
- Spitzner, Meike/Alber, Gotelind/Röhr, Ulrike/Hummel, Diana/Stieß, Immanuel (2020): Interdependente Genderaspekte der Klimapolitik. Gendergerechtigkeit als Beitrag zu einer erfolgreichen Klimapolitik: Wirkungsanalyse, Interdependenzen mit anderen sozialen Kategorien, methodische Aspekte und Gestaltungsoptionen. Abschlussbericht. Umweltbundesamt (Hg.). Texte 30/2020, https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2020-02-06_texte_30-2020_genderaspekte-klimapolitik.pdf (Abruf: 03.06.2020).
- Wersig, Maria (2020): Welche Folgen hat die Krise für die Gleichstellung von Frauen und Männern? In: E-Paper-Reihe der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Politik und Gesellschaft: Demokratie im Ausnahmezustand. Wie verändert die Coronakrise Recht, Politik und Gesellschaft?, <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/16413.pdf> (Abruf 09.09.2020).
- Wetzstein, Matthias/Rommel, Alexander/Lange, Cornelia (2015): Pflegende Angehörige - Deutschlands größter Pflegedienst. In: GBE kompakt 6(3). Robert Koch-Institut Berlin (Hg.), http://www.gbe-bund.de/pdf/GBE_kompakt_03_2015_pflegende_angehoerige.pdf (Abruf 9.9.2020)
- zdf zoom (2020): Alleingelassen in der Krise. Selbstständige in der Corona-Falle - Film von Norman Laryea und Viktoria Timkanicova, 19.08.2020, <https://www.zdf.de/dokumentation/zdfzoom/zdfzoom-alleingelassen-in-der-krise-100.html> (verfügbar bis 19.8.2021) (Abruf 09.09.2020).